



LANDKREIS LUDWIGSBURG

Hindenburgstr. 40
71638 Ludwigsburg

vertreten durch den Landrat

nachstehend "Auftraggeber" genannt

und

die/der.....
vertreten durch

nachstehend "Auftragnehmer" genannt

schließen folgenden Vertrag über die Leistung

Erbringung von Postdienstleistungen

**Bescheide, Mahnungen und
Serienbriefe des Fachbereichs
Abfallgebühren**



Vertrag über die Erbringung von Postdienstleistungen für den Landkreis Ludwigsburg (Auftraggeber)

Präambel

Bei dem Auftragnehmer handelt es sich um ein auf die Erbringung von Postdienstleistungen lizenziertes Unternehmen. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Abholung, Frankierung und Zustellung von Postsendungen. Dies vorangestellt schließen die Parteien folgenden Vertrag über die Erbringung von Postdienstleistungen (nachfolgend „Vertrag“ genannt):

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrags ist die Erbringung von Postdienstleistungen durch den Auftragnehmer gemäß der Leistungsbeschreibung in **Anlage 4 b zum Verfahrensleitfaden**. Postdienstleistungen in diesem Sinne sind die Abholung, ggf. Sortierung für die Mahnungen, Frankierung und die Zustellung von Postsendungen. Postsendungen in diesem Sinne sind insbesondere gewöhnliche Briefsendungen, Dialogpost und besondere Sendungen (nachfolgend „**Postsendungen**“ genannt).
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle Postsendungen des Auftraggebers am vereinbarten Übernahmeort zu den vereinbarten Abholzeiten abzuholen, ggf. zu sortieren (Mahnungen), frankieren und ordnungsgemäß zuzustellen.
- (3) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass er bei der Erbringung der nach diesem Vertrag geschuldeten Postdienstleistungen alle einschlägigen Gesetze, Rechtsverordnungen und Richtlinien während der gesamten Vertragslaufzeit einhält.
- (4) Der Auftragnehmer setzt zur Erbringung der Postdienstleistungen ausschließlich ausreichend qualifiziertes und zuverlässiges Personal ein. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das zur Vertragsdurchführung eingesetzte Personal regelmäßig fortzubilden.
- (5) Sämtliche an den Auftragnehmer überlassene Unterlagen bleiben Eigentum des Auftraggebers und sind als solches zu kennzeichnen.
- (6) Entgegenstehende, zusätzliche oder von diesen Regelungen abweichende Bedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil dieses Vertrags, und zwar auch dann nicht, wenn der Auftragnehmer auf sie hinweist und der Auftraggeber nicht ausdrücklich widersprochen hat.
- (7) Rechte, die dem Auftraggeber nach den gesetzlichen Vorschriften oder nach den sonstigen Vereinbarungen über diesen Vertrag hinaus, zustehen, bleiben unberührt.



§ 2

Übernahmeort, Übernahmezeit, Sonderübernahmen, Nachunternehmer

- (1) Übernahmeort im Sinne dieses Vertrags ist die RICOH Deutschland GmbH, Georg-Kohl-Straße 42, 74336 Brackenheim für die Bescheide und Serienbriefe und die Komm.ONE Ulm, Schulze-Delitzsch-Weg 28, 79079 Ulm für die Mahnungen.

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf ein bestimmtes Mindestaufkommen an Postsendungen.

- (2) Die Übernahmezeit ist mit dem Druckdienstleister abzustimmen.
- (3) Die Mitarbeiter des Auftragnehmers müssen bei der Abholung als Mitarbeiter des AN erkennbar und im Besitz eines entsprechenden Ausweises sein.
- (4) Nachunternehmer des Auftragnehmers gelten als Erfüllungsgehilfen. Eine Übertragung von Leistungen auf nicht bereits bei Zuschlagserteilung genehmigte Nachunternehmer ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Auftraggeber kann seine Zustimmung in begründeten Fällen (z.B. mangelhafte Leistungserbringung) jederzeit widerrufen. Für im Rahmen des Vergabeverfahrens benannte Nachunternehmer sowie für einen Einsatz der Deutschen Post AG gilt die Zustimmung als erteilt.

Der Auftragnehmer hat seine Nachunternehmer sorgfältig auszuwählen und die ihnen übertragenen Aufgaben klar zu bezeichnen. Er hat vertraglich sicherzustellen, dass die vertraglichen Vereinbarungen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer auch im Verhältnis zum Nachunternehmer gelten, sofern und soweit sie die vom Nachunternehmer zu erbringenden Leistungen betreffen.

Bei der Einschaltung von Nachunternehmern haftet der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrages. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über den Ausfall eines wesentlichen Nachunternehmers zu informieren.

§ 3

Sendungsbeförderung, Frankierung

- (1) Der Auftragnehmer stellt dem Druckdienstleister die zur Vor- und Nachbereitung der Beförderung notwendigen Briefbehälter sowie die sonstigen Hilfsmittel, die zur Auftragsabwicklung erforderlich sind, insbesondere Vordrucke und Etiketten, entsprechend dem Bedarf des Auftraggebers rechtzeitig und unentgeltlich zur Verfügung.
- (2) Der Auftragnehmer hat die übernommenen Postsendungen in vom Auftragnehmer zu stellenden, wetterfesten, stapelbaren Transportbehältern abzuholen und zu befördern.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nach der Übernahme der Postsendungen alle



Postsendungen freizumachen, soweit dies erforderlich ist. Bei der Frankierung ist jeweils die kostengünstigste Versandart zu wählen. Der Auftragnehmer hat das Frankieren in einer Art und Weise vorzunehmen, dass der Empfänger den Zusteller sowie den Auftraggeber als Absender zweifelsfrei erkennen kann. Mit dem Frankieren hat der Auftragnehmer das Logo/Klischee des Auftraggebers sowie eventuelle Sonderstempel auf das Briefkuvert aufzubringen.

§ 4

Zustellung der Postsendungen, Rückgabe unzustellbarer Postsendungen

- (1) Die Zustellung der Postsendungen erfolgt an den auf der Postsendung genannten Empfänger unter der auf der Postsendung genannten Anschrift durch Einlegen in eine für den Empfänger bestimmte Empfangsvorrichtung, bspw. einen Briefkasten. Dies beinhaltet insbesondere auch die Zustellung zu innenliegenden Hausbriefkästen und an Postfachadressen.
- (2) Die Zustellung erfolgt von Montag bis Samstag, sofern nicht ein gesetzlicher Feiertag auf diesen Tag fällt. Der Auftragnehmer hat die Postsendungen im Jahresdurchschnitt jeweils mindestens 95 Prozent an dem dritten auf den Einlieferungstag folgenden Werktag (E+3) und 99 Prozent an dem vierten auf den Einlieferungstag folgenden Werktag (E+4) zustellen. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung dieser Vorgaben durch Testsendungen zu prüfen.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, fehlgeleitete Postsendungen, die in den Besitz der Deutschen Post AG gelangt sind (sog. Fundbriefe), beim Briefzentrum der Deutschen Post AG in Ziegeleistraße 6, 71332 Waiblingen werktäglich abzuholen und an den Auftraggeber unverzüglich zurückzuleiten.
- (4) Der AG ist berechtigt unabhängige Prüfungen zur Laufzeitmessung durchführen zu lassen.
- (5) Der Auftragnehmer hat die Durchführung von mindestens einer Laufzeitmessung pro Jahr in Anlehnung an die DIN 13855 sicherzustellen. Dem Auftraggeber sind die Daten der Laufzeitmessungen jährlich zu Beginn des folgenden Kalenderjahres kostenlos als Excel-Datei zur Verfügung zu stellen.

§ 5

Entgelt, Steuerpflichtigkeit, Umsatzsteuer und Abrechnung

- (1) Der Auftragnehmer erhält für die Erbringung der nach diesem Vertrag geschuldeten Postdienstleistungen ein Entgelt, welches sich nach seinem Angebot (Anlage 2b: Preisblatt Los 2) bemisst (Nettopreise zzgl. angebotener Umsatzsteuer). Mit diesem Entgelt sind alle Leistungen, wie sie in den Vergabeunterlagen, insbesondere diesem Vertrag, beschrieben sind, abgegolten.



- (2) Der Auftragnehmer trägt das Risiko einer unzutreffenden Einschätzung der Steuerpflichtigkeit seiner Leistungen. Für diesen Fall ist eine Anpassung der Vergütung ausgeschlossen.
- (3) Soweit der Auftragnehmer seine Leistungen (auch nur teilweise) mit Umsatzsteuer angeboten hat, und nach der Angebotsabgabe die Umsatzsteuer vom Gesetzgeber erhöht oder gesenkt wird, wird die vereinbarte Vergütung ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung um diesen prozentualen Änderungssatz angepasst.
- (4) Entfällt nach Angebotsabgabe die Umsatzsteuerpflicht des Auftragnehmers für Leistungen ganz oder teilweise, hat der Auftraggeber insoweit einen Anspruch auf Anpassung der Vergütung für die Zukunft. Über den ganzen oder teilweisen Wegfall der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren. Bereits an den Auftragnehmer entrichtete Umsatzsteuer kann der Auftraggeber zurückverlangen, wenn und soweit die vergüteten Leistungen der Umsatzsteuerbefreiung unterlagen.
- (5) Die Abrechnung erfolgt monatlich bis zum 20. des Folgemonats für die im jeweiligen Vormonat erbrachten Leistungen. Die Abrechnung erfolgt nach Produkt, Menge und Portokosten. Der Auftraggeber erhält nur eine monatliche Rechnung, selbst wenn der Auftragnehmer eine Arbeitsgemeinschaft ist oder es mehrere Nachunternehmer gibt.
- (6) Rechnungen sind dem Rechnungsempfänger Landratsamt Ludwigsburg, Fachbereich Abfallgebühren, Hindenburgstraße 40, 71638 Ludwigsburg per E-Mail an heike.kovac@landkreis-ludwigsburg.de zu übersenden.

Zusätzlich zur Rechnung schickt der Auftragnehmer eine monatliche Fakturierungsliste gegliedert nach Produkt, Menge und Portokosten per E-Mail an den Auftraggeber.
- (7) Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Kalendertagen nach Leistungserbringung und Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung.

§ 5a Preisanpassung

1) Die vereinbarten Preise im Sinne von § 5 Abs. 1 gelten vorbehaltlich einer schriftlichen einvernehmlichen Änderung / Anpassung durch beide Parteien bis zum Ablauf des Vertrages. Eine Preisanpassung ist frühestens nach 12 Monaten Vertragslaufzeit und anschließend nur einmal alle 12 Monate möglich. Preisanpassungen sind unter den nachfolgend in den Abs. 2-4 aufgeführten Bedingungen nach Zustimmung des Auftraggebers möglich zu den oben genannten Zeitpunkten möglich. Die Zustimmung erfolgt innerhalb von 2 Monaten ab dem schriftlichen Vorliegen des Preisanpassungsbegehrens, sofern die Gründe nachweislich sind und die Kalkulation schlüssig nachvollziehbar ist. Rückwirkende Preisanpassungen sind nicht möglich. Der Auftragnehmer ist gehalten, den Auftraggeber rechtzeitig, möglichst vor Eintreten der geänderten Umstände schriftlich zu unterrichten, um eine rechtzeitige und zügige Bearbeitung der Preisanpassung zu gewährleisten

2) Lohnkostenänderung

Eine Preisanpassung aufgrund von Lohnkostenänderungen ist ausschließlich aufgrund tariflicher Lohnerhöhungen und / oder tariflicher bzw. gesetzlicher Änderungen der Lohnnebenkosten möglich. Die Lohnkosten können maximal um die Lohnkostenerhöhung in v. H. angehoben werden.

Die Preisänderung wird mit folgender Formel berechnet

$$K_n = K + (t_n \times P_1)$$

Erläuterung:

K_n : Preis nach Änderung

K : Preis bei Vertragsabschluss bzw. Preis vor Änderung

t_n : Mindestlohnsteigerung in Prozentpunkten

P_1 : Lohnkostenanteil (0,75)

Soweit eine Erhöhung des jeweils geltenden Mindestlohns erfolgt, kann der Lohnkostenanteil der vereinbarten Vergütung in demselben prozentualen Verhältnis erhöht werden, wobei von einem Lohnkostenanteil an der vereinbarten Vergütung von 75 % auszugehen ist.

Berechnungsbeispiel:

$$K = 0,600 \text{ €}$$

$$t_n = 8,42 \% \text{ (Mindestloohnerhöhung zum 01.01.2026 von 12,82 € auf 13,90 €)}$$

$$P_1 = 0,75$$

$$0,663 \text{ €} = 0,600 \text{ €} + (0,0842 \times 0,75)$$

3) Entgelterhöhung der DPAG

Sofern Erhöhungen der vom Auftragnehmer an die DPAG zu entrichtenden Entgelten zu nachgewiesenen Mehrkosten führen, darf der Auftragnehmer eine Entgelterhöhung anteilig für den Sendungsanteil, der durch die DPAG zugestellt wird, für die betroffenen Sendungsarten, jeweils um den Betrag vornehmen, um den sich das vom Auftragnehmer an die DPAG zu zahlende Entgelt erhöht. Der Sendungsanteil zum Zeitpunkt des Preisanpassungsbegehrens ist (z. B. durch Bekanntgabe der Sendungsströme) nachvollziehbar nachzuweisen. Weiterhin hat der Auftragnehmer den bestehenden Teilleistungsrabatt der DPAG zum Zeitpunkt des Preisanpassungsbegehrens nachzuweisen. Im Falle einer Senkung von Entgelten hat der Auftraggeber in gleichem Umfang einen Anspruch auf Anpassung der Vergütung.

4) Entgelterhöhungen von anderen Nachunternehmern

Preisanpassungsbegehren des Auftragnehmers aufgrund von Preisanpassungen eines Nachunternehmens sind nur unter Darlegungen des sachlichen Erfordernisses im gegenseitigen Einvernehmen zulässig. Beansprucht der Auftragnehmer eine erhöhte Vergütung, so hat er dies dem Auftraggeber anzuzeigen. Über eine angemessene Höhe der Vergütung werden sich die Vertragsparteien einvernehmlich innerhalb eines Monats nach Eingang eines berechtigten Erhöhungsverlangens beim Auftraggeber einigen.



§ 6

Vertragslaufzeit, Sonderkündigungsrecht und außerordentliche Kündigung

- (1) Der Vertrag tritt am 1. Januar 2027 in Kraft und wird bis zum 31. Dezember 2027 fest geschlossen. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht durch den Auftraggeber bis spätestens 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird. Der Vertrag endet spätestens mit Ablauf des 31.12.2030, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (2) Die ersten sechs Monate der Vertragslaufzeit gelten als Probezeit. Während der Probezeit kann das Vertragsverhältnis mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende ohne Angabe von Gründen durch den Auftraggeber gekündigt werden.
- (3) Das Recht jeder Partei, den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund zur Kündigung liegt für den Auftraggeber insbesondere vor, wenn:
 - zu Vertragsbeginn keine Eintragung in das Anbieterverzeichnis vorliegt oder eine solche Eintragung oder eine Entgeltgenehmigungen nachträglich entfällt (z.B. Widerruf oder Rücknahme), was dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen ist
 - die Umsatzsteuerbefreiung (§ 5 Abs 4) nachträglich entfällt
 - wiederholt ein Verlust von Briefsendungen eintritt
 - der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen trotz Abmahnung schuldhaft in erheblichem Umfang nicht nachkommt, insbesondere die Postsendungen nicht oder nicht ordnungsgemäß, insbesondere nicht rechtzeitig, zustellt;
 - der Auftragnehmer gegen § 8 (Briefgeheimnis und Datenschutz) dieses Vertrages verstößt.
- (4) Die Kündigung dieses Vertrags bedarf der Schriftform.
- (5) Die Pflicht des Auftragnehmers, diese Postdienstleistungen bis zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung ordnungsgemäß zu erbringen, bleibt von einer Kündigung unberührt.
- (6) Reicht der Regelungsgehalt einzelner Regelungen dieses Vertrags über die Vertragslaufzeit hinaus, bleiben diese Regelungen insoweit auch nach dem Ende der Vertragslaufzeit wirksam. Dies gilt insbesondere für die Wahrung des Postgeheimnisses und des Datenschutzes.
- (7) Wird die vereinbarte Laufzeit nach den Maßgaben des § 4 Abs. 2 überschritten erfolgt eine Abmahnung des AN, sofern die Abweichung nicht begründet ist. Bei der zweiten Überschreitung hat der AG ein Sonderkündigungsrecht.

§ 7

Geheimhaltung



- (1) Die Parteien verpflichten sich, sämtliche ihnen zugänglich werdenden Informationen, die als vertraulich bezeichnet werden oder nach sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse erkennbar sind, unbefristet geheim zu halten und sie, soweit nicht für die Geschäftsbeziehung geboten, weder aufzuzeichnen noch weiterzugeben oder zu verwerfen.
- (2) Die Geheimhaltungspflicht entfällt, soweit die Informationen der empfangenden Partei nachweislich bereits vor Aufnahme der Vertragsbeziehung bekannt oder vor der Aufnahme der Vertragsbeziehung allgemein bekannt oder allgemein zugänglich waren oder ohne Verschulden der empfangenden Partei allgemein bekannt oder zugänglich werden. Die Beweislast trägt die empfangende Partei.
- (3) Die Parteien werden durch geeignete vertragliche Abreden mit den für sie tätigen Arbeitnehmern und Beauftragten, insbesondere ihren freien Mitarbeitern und den für sie tätigen Werkunternehmern sowie Dienstleistern, sicherstellen, dass auch diese unbefristet jede eigene Verwertung, Weitergabe oder unbefugte Aufzeichnung solcher Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse unterlassen.

§ 8

Postgeheimnis und Datenschutz

- (1) Die Postsendungen unterliegen dem Postgeheimnis und dem Datenschutz. Der Auftragnehmer verpflichtet sich insbesondere zur Wahrung des Postgeheimnisses nach § 64 Postgesetz, zur Wahrung des Datenschutzes nach §§ 67 ff. Postgesetz i.V.m. der Verordnung (EU) 2016/679 (DSGVO) und dem BDSG sowie zur Wahrung aller auf Grundlage des Postgesetzes zum Schutz des Postgeheimnisses und zum Datenschutz erlassenen Rechtsverordnungen und gesetzlichen Bestimmungen. Insbesondere ist der Auftragnehmer verpflichtet, firmen- und personenbezogene Daten aus den auf Postsendungen angebrachten Adressen ausschließlich zum Zweck der Zustellung zu benutzen. Der Auftragnehmer gewährleistet, nur solche Mitarbeiter mit der Durchführung des Vertrages zu betrauen, die sich in gleicher Weise zur Wahrung des Postgeheimnisses sowie des Datenschutzes verpflichten. Der Auftragnehmer hat seine Mitarbeiter zur Wahrung des Postgeheimnisses sowie zur Einhaltung des Datenschutzes auch für die Zeit nach einer etwaigen Beendigung des jeweiligen Beschäftigungsverhältnisses schriftlich zu verpflichten und dies dem Auftraggeber auf Anforderung unverzüglich nachzuweisen.
- (2) Werden beim Auftragnehmer im Zuge der Aufgabenerfüllung Dateien mit personenbezogenen oder -beziehbaren Daten geführt, so ist eine Weitergabe dieser Daten an Dritte untersagt. Im Übrigen gilt § 7 (Geheimhaltung) des Vertrags.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, evtl. Nachunternehmer ebenfalls zur Beachtung des Postgeheimnisses sowie des Datenschutzes sowie zur entsprechenden Verpflichtung ihrer Mitarbeiter zu verpflichten.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von Schadensersatzansprüchen Dritter, insbesondere wegen der Verletzung von Datenschutzvorschriften freizustellen, es sei denn, er hat die Pflichtverletzung nicht



zu vertreten. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 9 **Einhaltung des SaubFahrzeugBeschG**

- (1) Der Auftraggeber ist zur Einhaltung der sich aus dem Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge (SaubFahrzeugBeschG) ergebenden Mindestziele im Hinblick auf die Beschaffung sauberer Fahrzeuge verpflichtet.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sicherzustellen und zu garantieren, dass zur Vertragserfüllung die Quote der eingesetzten sauberen Fahrzeuge im Verhältnis zu den insgesamt eingesetzten Fahrzeugen der jeweiligen Fahrzeugklasse mindestens den nachfolgend genannten Anteilen entspricht
 1. Anzahl der „sauberen leichten Nutzfahrzeuge“ i.S.d. § 2 Nr. 4 SaubFahrzeugBeschG: mind. 38,5 %
 2. Anzahl der „sauberen schweren Nutzfahrzeugen“ i.S.d. § 2 Nr. 5 SaubFahrzeugBeschG:
 - für LKW der Fahrzeugklassen N2 und N3: 15 %
 - für Busse der Fahrzeugklasse M3: 65 %, wobei die Hälfte des Mindestziels für den Anteil sauberer Busse muss durch den Einsatz emissionsfreier Busse i.S.d. § 2 Nr. 6 SaubFahrzeugBeschG erfüllt werden muss.
- (3) Für die Beurteilung der Einhaltung der Mindestziele wird die Anzahl der Straßenfahrzeuge berücksichtigt, die für die Erbringung der Dienstleistung im Rahmen des betreffenden Auftrags eingesetzt werden sollen.
- (4) Nachgerüstete Fahrzeuge i.S.d. § 2 Nr. 7 SaubFahrzeugBeschG können bei der Beurteilung der Einhaltung der Mindestziele für den Anteil sauberer leichter Nutzfahrzeuge, sauberer schwerer Nutzfahrzeuge oder emissionsfreier schwerer Nutzfahrzeuge an der Gesamtzahl berücksichtigt werden.

§ 10 **Reklamationservice**

- (1) Die Verfügbarkeit einer zentralen Servicenummer für Reklamationen ist vom Auftragnehmer von Montag bis Freitag von 08.00 Uhr bis 17.00 Uhr zu gewährleisten. Ein zentraler Ansprechpartner auf Seiten des Auftragnehmers ist mit Name, Telefon und E-Mail Adresse zu benennen.

§ 11 **Vertragsstrafe**



- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für jeden Fall einer von ihm begangenen Zuwiderhandlung gegen die folgenden Pflichten:
- rechtzeitige Übernahme der Sendungen § 2 Abs. 2
 - rechtzeitige Zustellung der Sendungen gemäß § 4 Abs. 2
- eine angemessene, vom Auftraggeber nach billigem Ermessen festzusetzende Geldsumme als Vertragsstrafe zu zahlen, deren Höhe im Streitfall vom Landgericht Stuttgart auf ihre Angemessenheit überprüft werden kann. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Ausgeschlossen sind Fälle höherer Gewalt.
- (2) Der Auftraggeber muss sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe spätestens mit der Bezahlung der jeweiligen Rechnung vorbehalten.
- (3) Die Summe der nach den vorgenannten Regelungen verwirkten Vertragsstrafen wird begrenzt auf einen Betrag in Höhe von 5 % der jeweils vertragsjährlichen Netto-Auftragssumme.
- (4) Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unter Anrechnung der Vertragsstrafe auf etwaige Schadenersatzansprüche unberührt.

§ 12

Schlussbestimmungen

- (1) Grundlage und Bestandteil dieses Vertrags sind, bei Widersprüchen in der Reihenfolge ihrer Aufzählung,
- dieser Vertrag,
 - das Angebot des Auftragnehmers (Anhang 1 zum Vertrag)

Ergänzend gelten die Bestimmungen der VOL/B sowie des BGB, insbesondere die §§ 675 ff. BGB i.V.m. §§ 631 ff. BGB.

- (2) Der Auftragnehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag zu übertragen oder Teile der Leistung durch Dritte ausführen zu lassen.
- (3) Zahlungen erfolgen nur an den Auftragnehmer, Gegenansprüche des Auftragnehmers berechtigen ihn nur dann zur Aufrechnung, wenn sie rechtskräftig festgestellt oder unstreitig sind. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Auftragnehmer nur geltend machen, wenn sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.
- (4) Der Vertrag enthält alle getroffenen Vereinbarungen. Weitere schriftliche oder mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Eine Änderung oder Ergänzung dieses Vertrags bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernis-



Anlage 3 b – Vertragsentwurf Los 2

Seite 11 von 11

ses.

- (5) Dieser Vertrag unterliegt ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertragssprache ist deutsch.
- (6) Ausschließlicher Gerichtsstand ist Ludwigsburg. Der Auftraggeber ist auch zur Klageerhebung am Sitz des Auftragnehmers sowie an jedem anderen zulässigen Gerichtsstand berechtigt.
- (7) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden bzw. sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke befinden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt diejenige wirksame oder durchführbare Bestimmung als vereinbart, die dem Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Im Falle einer Lücke gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach dem Zweck dieses Vertrags vereinbart worden wäre, sofern die Parteien die Angelegenheit von vornherein bedacht hätten.

Ludwigsburg, den

.....
(Auftraggeber)

.....
(Auftragnehmer)